

OB: Viele Klagen über hohe Mieten

Ingolstadt (hl) Das Mietpreinsniveau für Geschäftsflächen in der Innenstadt ist bei der Ansiedlung neuer Einzelhandelsunternehmen, aber auch bei der Perspektivenauslotung für den etablierten Handel ein wichtiger Faktor. Schon oft sind Geschäftsaufgaben durch mangelnde Wirtschaftlichkeit aufgrund hohen Kostendrucks verursacht worden; andererseits kommen mitunter Neuvermietungen von Ladenlokalen nicht zustande, weil sich Interessierte mit den Vermietern nicht auf einen beiderseits akzeptablen Quadratmeterpreis einigen können. Nicht wenige Leerstände in der Innenstadt haben auch diesen Hintergrund.

Oberbürgermeister Christian Lösel hat jetzt im Verwaltungsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (IFG) angeregt, dass sich die Stadttochter in Kooperation mit dem Innenstadt-Marketingverein IN-City um eine aussagekräftige



Übersicht über die in der Innenstadt geforderten und vor allem die tatsächlich gezahlten Ladenmieten bemühen möge.

Er werde jedenfalls häufig auf das Thema angesprochen, sagte der Rathauschef – meistens mit dem Tenor, dass die Mietforderungen als überzogen empfunden werden. Nach diesen Informationen müssten oft über 30, teils sogar bis zu 35 Euro pro Quadratmeter gezahlt werden. Lösel sagt: „Da werden Händler aus dem Markt gequetscht.“ Andererseits habe er jüngst von mehreren Seiten gehört, dass bei Neuvermietungen in der Altstadt zuletzt Verträge mit Quadratmeterpreisen „deutlich unter 20 Euro“ zustande gekommen seien, was eher für eine Abkühlung des Marktes sprechen würde.

Nach den Vorstellungen des OB sollten IFG und IN-City alle zu diesem Thema verfügbaren Daten zusammenführen, um eine Art Mietspiegel zu erstellen (den die Stadtführung bei Wohnungsmieten allerdings bislang als wenig zielführend, weil womöglich preistreibend, abgelehnt hat). Ob sich mit einer solchen Orientierungshilfe bei Gewerbetrieben tatsächlich ein Steuerungseffekt einstellen würde, ist fraglich, weil die Stadt auf dem freien Markt natürlich grundsätzlich keine Quadratmeterpreise vorschreiben kann.

Schwergewicht der Bankenszene

Fusion offiziell: VR Bayern Mitte und Hallertauer Volksbank ein Unternehmen

Von Michael Brandl

Ingolstadt (DK) Nun ist es amtlich: Die Fusion der Hallertauer Volksbank mit der Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte ist vollzogen. Das teilte das genossenschaftliche Kreditinstitut jetzt mit. Mit einem Gesamtvolumen von acht Milliarden Euro sei damit ein „Schwergewicht“ in der regionalen Bankenlandschaft entstanden, hieß es.

Ausschlaggebend für den Schritt war das freilich nicht, wie aus den Stellungnahmen des Vorstands und der Geschäftsleitung hervorging. Vielmehr seien die anhaltende Niedrigzinsphase, die Bankenregulierung und die zunehmende Digitalisierung im Bankwesen die „Treiber der Fusion“ gewesen, wie Vorstandsvorsitzender Richard L. Riedmaier sagte. Diesen Herausforderungen könne man unter den neuen Voraussetzungen besser begegnen.

Die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte, wie die Genossenschaftsbank nun heißt, gehöre mit einem Anlage- und Kreditvolumen in Höhe von acht Milliarden Euro damit zu den bedeutendsten Kreditinstituten in der Region und befände sich unter den ersten drei von insgesamt 244 bayerischen Genossenschaftsbanken. Im Geschäftsgebiet, das jetzt von Weißenburg im Norden bis Moosburg im Süden und von Pappenheim im Westen bis Rottenburg an der Laaber im Osten reicht, betriebe man 51 Filialen und 14 SB-Stellen. Das Haus betreue etwa 160 000 Privatkunden sowie 10 000 mittelständische Kunden – ein Klientel, das auch weiterhin im Fokus der Volksbank Raiffeisenbank steht. „Wir bleiben nach wie vor regionaler Mittelständler, der seinem Geschäftsmodell treu bleibt und seine Geschäfte nur mit Menschen und Unternehmen in der Region und für die Region macht“, so Riedmaier hierzu. Mit der Fusion wachse nicht nur das Geschäftsgebiet. „Es wächst auch unser Förderauftrag, den wir als regionale Genossenschaftsbank haben“, so der Vorstandschef weiter. Dazu gehöre neben dem Gemeinwohl auch der Mittelstand, der weiterhin tatkräftig unterstützt werden solle.

Riedmaier kündigte an, dass die Zahl der Beschäftigten in den kommenden fünf Jahren leicht zurückgehen werde. Betriebsbedingte Kündigungen seien jedoch nicht vorgesehen.



In Sichtweite sind die Zentrale der Hallertauer Volksbank und die Filiale der Volksbank Raiffeisenbank Bayern-Mitte am Pfaffenhofer Hauptplatz. Eine ähnliche Situation gibt es in Kösching. Nach der Fusion wird es an beiden Standorten nur noch eine Filiale geben. In der unten stehenden Grafik sind die angestammten Standorte beider Banken markiert; Rot steht dabei für die Pfaffenhofer Bank. Foto: Straßer

Stattdessen habe man mit den Betriebsräten sozialverträgliche Lösungen wie Altersteilzeit und Abfindungen vereinbart. Zugleich solle die Zukunft der künftig rund 850 Mitarbeiter gesichert werden. Auf einige Kunden kämen mit der Fusion

Änderungen zu, hieß es. Dies betreffe jedoch ausschließlich Kunden der Hallertauer Volksbank. Bei ihnen ändere sich die internationale Bankkontonummer IBAN. Unverändert festgehalten werde am vertrauten Personal in den Filialen, in-

formierte der Vorstand. „Die gewohnten Berater bleiben erhalten“, versicherte Vorstandsmitglied Thomas Lange.

Ein großer Schritt hin zur vollständigen Verschmelzung der beiden Häuser steht unmittelbar bevor: Die technische Fusion, bei der die Datenbestände zusammengeführt werden, erfolgt demnach am Samstag, 10. November. Das Geldinstitut empfiehlt seinen Kunden, sich vor dem Termin mit Bargeld zu versorgen, da der durchgehende Betrieb der Geldautomaten für diesen Zeitpunkt nicht garantiert werden könne. Bis dahin ändere sich am Zahlungsverkehr und an den Kontonummern nichts. Die Volksbank Raiffeisenbank wird zukünftig online unter der Internetadresse www.vr-bayernmitte.de erreichbar sein. Der Unternehmenssitz verbleibt in Ingolstadt, Pfaffenhofen wird als Niederlassung ein weiterer Hauptstandort sein.



Heute gehe ich mit meinen zwei Freunden Max und Berni zum Golfen, darauf freue ich mich sehr. Dann können wir das Wetter genießen. Um 9 Uhr geht es los – gestern haben wir auch schon gespielt.

Reinhard Mader, 72, Rentner aus Ingolstadt

Nur wenige Kunstwerke verbrannt

Ingolstadt (peh) Beim Brand in einer der Staudinger-Hallen vergangene Woche ist das Museum für Konkrete Kunst laut Museumsleiterin Simone Schimpf „mit einem blauen Auge davongekommen“. Wie berichtet, war am Mittwochabend eine vom Deutschen Museum in München genutzte Halle komplett niedergebrannt, wobei zahlreiche Objekte zerstört wurden. In der Halle direkt daneben lagert das Museum für Konkrete Kunst rund 10 000 Bilder und Kunstobjekte. Laut Schimpf sind nur einige wenige Objekte aus dem Bestand verbrannt, etwa zehn oder 20. Genau sei das noch nicht zu sagen, da sie erst seit vorgestern wieder Zugang zum Depot habe. Allerdings wurden etliche Regale und Kataloge vernichtet. Das Problem ist der Ruß, der sich auf den Objekten niedergelegt hat. Wie schwer diese davon betroffen sind, lasse sich derzeit allerdings nicht sagen.

DONAUKURIER
Herausgeberin:
SIMONE TUCCI-DIEKMANN

Chefredakteur: Stefan König
Stellv. Chefredakteur: Christian Fahn
Nachrichtenchefs (Politik, Wirtschaft, Bayern): Peter Felkel, Gunther Lutz; Chef vom Dienst Digital: Roland Mitterbauer; Leiter Technik Redaktion: Rudi Gegger; Leitender Redakteur (Digitale Medien): Bernd Limmer; Regionalreporter: Horst Richter; verantwortlich für Kultur: Jesko Schulze-Reimpell; für Sport: Timo Schoch; Servicedesk: Markus Schwarz, Stephan Boos (Stv.).

Lokalredaktion Ingolstadt: Thorsten Stark, Christian Rehberger (Stv.), Stauffenbergstraße 2 a, 85051 Ingolstadt, Telefon: (08 41) 96 66 710, Fax: (08 41) 96 66 725.
Neuburger Kurier – Neue Neuburger Zeitung Lokalredaktion: Marco Schneider, Winfried Rein, Schmidstraße C 113, 86633 Neuburg, Tel. (0 84 31) 6 47 65-10 (-11).

Redaktion Vohburg: Markus Meßner, Oliver Konze, Agnes-Bernauer-Straße 1, 85088 Vohburg, Telefon: (0 84 57) 9 35 18-11 (-12), Fax: (0 84 57) 9 35 18-20.
Zentralredaktion: 85051 Ingolstadt, Stauffenbergstr. 2 a, Tel. (08 41) 96 66 0; Fax (08 41) 96 66 2 55; Berliner Redaktion: Andreas Herholz und Rasmus Buchsteiner. Eigene Vertretungen in Washington, London und Paris. Nachrichtendienste: Deutsche Presseagentur, KNA, apf, AFP. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos keine Gewähr.

Verlag und Druck: Donaukurier GmbH, Geschäftsführung: Simone Tucci-Diekmann, Ivana Zang, Stauffenbergstraße 2a, 85051 Ingolstadt; Telefonzentrale: (08 41) 96 66 0; Telefax: (08 41) 96 66 2 55, Anzeigenleitung: Thomas Bauer (Ingolstadt, Stauffenbergstraße 2a), Anzeigenservice (08 41) 96 66 6 80, Abonentenservice (08 41) 96 66 6 00. Zurzeit gelten die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 1. 10. 2017 sowie die Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Satz, Platzierung und Aufnahme-tag ohne Verbindlichkeit. - Vertrieb: DONAUKURIER Vertriebsgesellschaft mbH, Ingolstadt, Stauffenbergstraße 2a, Telefon: (08 41) 96 66 6 00, vertreten durch die Geschäftsführerin Ivana Zang. Bezugspreis monatlich 33,30 durch Träger oder Abholstelle, 34,90 durch die Post einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Abbestellungen (in schriftlicher Form an den Verlag) jeweils bis zum 5. zum Ende des Monats. Bei Streik, Aussperrung oder Verhinderung durch höhere Gewalt besteht kein Anspruch auf Belieferung oder Rückzahlung des Bezugsgeldes. Technische Leitung: Uwe Lehmann. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Ingolstadt. Internet: www.donaukurier.de

Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitungsbeiträge, Abbildungen, Anzeigen etc., auch der in elektronischer Form vertriebene Zeitung, insbesondere durch Vervielfältigung, Verbreitung, Digitalisierung, Speicherung in Datenbanksystemen bzw. Inter- oder Intranets, ist unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nichts anderes ergibt. Für die Übernahme von Artikeln in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel. (0 30) 2 84 93-0 oder www.presse-monitor.de

Neue Werbeoffensive fürs City-Ticket

IFG will Händler und Autofahrer sensibilisieren – SPD-Antrag auf „himmelblauen Samstag“ zurückgestellt

Ingolstadt (hl) Sonderaktionen mit mehrstündigem freien Parken auf den innerstädtischen Stellflächen der IFG (Tiefgaragen und Parkplatz beim Hallenbad) an bestimmten Tagen wird es vorerst nicht geben. Der Verwaltungsrat der städtischen Tochtergesellschaft hat einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion am Montag vorerst zurückgestellt.

Zunächst soll abgewartet werden, wie sich eine neue Werbeoffensive zum Thema City-Ticket entwickelt, die ebenfalls darauf zielt, Autofahrern die Parkgebühren in der Altstadt (zumindest teilweise) zu erlassen. Die Lage rund ums Innenstadtparken soll dann im Jahr 2020 analysiert und neu bewertet werden.

Die Sozialdemokraten hatten

Beilagenhinweis

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der Firmen Galeria Kaufhof, Ingolstadt, Xaver Mayr, Ingolstadt und Himmlisch Wohnen, Neuburg-Wagenhofen, bei.

angeregt, den Autofahrern in den Tiefgaragen und beim Hallenbad einen „himmelblauen Samstag“ zu bieten: Einmal im Monat sollte dort an einem Wochenende bis zu dreistündiges kostenfreies Parken ermöglicht werden, um die Attraktivität der Altstadt für Einkäufe zu erhöhen. Die IFG hatte in zwei Kostenmodellen ausgerechnet, was ihr eine solche Aktion jährlich an Mindereinnahmen besche-

ren würde: angeblich rund 116 000 Euro, wenn es um einen Samstag gehen würde, und ca. 110 000 Euro, wenn alternativ ein Donnerstag für die Aktion ausgesucht würde.

SPD-Fraktionschef Achim Werner monierte im IFG-Beirat, dass man bei diesem Thema mit einer Reduzierung auf die reine Kostenfrage zu kurz springe. Die Innenstadt könne vielmehr „jeden Impuls brauchen“, der

die Besucherfrequenz erhöhe. Werner: „Das sind wir der Altstadt schuldig!“

Mit dem Hinweis, dass die neue Marschrichtung beim City-Ticket in dieselbe Richtung gehe und sicher ebenfalls Effekte zeitigen werde, mochte sich dann aber auch die SPD zunächst zufriedengeben. Wie IFG-Vorstand Norbert Forster erläuterte, soll jetzt intensiv daran gearbeitet werden, den Kreis

der beim City-Ticket mitwirkenden Einzelhändler zu erhöhen. Hier gebe es mit Sicherheit noch Luft nach oben, die Bereitschaft unter den Geschäftsleuten sei „sicher noch nicht optimal“.

Beim City-Ticket können Parkplatznutzer sich in mitwirkenden Geschäften – gestaffelt nach Rechnungshöhe – zumindest einen Teil der Parkgebühren erstatten lassen. Wichtig ist aber, dass sowohl der Kunde informiert ist und andererseits auch das Personal in beteiligten Geschäften offensiv auf diese Möglichkeit hinweist.

Die IFG will jetzt bei Händlern und Parkplatznutzern intensiv für das City-Ticket werben. Es sollen für beide Zielgruppen neue Flyer („Flyer“) ausgelegt werden. Für interessierte Geschäftsleute, so hieß es, seien Workshops geplant, in denen die Vorzüge des Tickets und die Abrechnungsmodalitäten vermittelt werden sollen. Außerdem sollen Kunden an den Parkplatz- bzw. Garagenzufahrten (Ticketautomaten und Schranken) bereits auf die möglichen Vergünstigungen beim Einkauf hingewiesen werden.

Genügend Platz am Hauptbahnhof?

Ingolstadt (hl) Rund um das Parkhaus West beim Hauptbahnhof werden bei der Fortsetzung der Sanierungsarbeiten im kommenden Jahr vom Betreiber IFG womöglich doch nicht so viele Ersatzparkplätze für Bahnpendler angemietet werden müssen wie ursprünglich gedacht.

Wie berichtet, muss das achtstöckige Parkhaus von Mitte März bis Mitte September 2019 vollständig gesperrt werden, weil dann die unteren vier

Decks saniert werden und keine Zufahrtsmöglichkeit zu den (bereits heuer fertiggestellten) oberen vier Decks besteht. Eine vormals erwogene äußere Zufahrtsrampe kommt aus Kostengründen nicht mehr in Betracht.

Ersatzparkplätze stehen in der Umgebung nur begrenzt zur Verfügung – unter anderem im neueren Parkhaus Ost auf der anderen Seite der Gleise, aber auch ebenerdig beim ESV-Stadion und auch westlich der Gleise auf Bahngelände.

Wie IFG-Vorstand Norbert Forster im Beirat der städtischen Gesellschaft erläuterte, hat sich in den vergangenen Wochen aber gezeigt, dass die Parkplätze beim ESV selbst während der besucherstarken Oktoberfestzeit, als die Oberdecks des Parkhauses West noch gesperrt waren, kaum frequentiert waren. Die IFG zieht daraus den Schluss, dass die Parkhausplätze bei der Vollsperrung im kommenden Jahr nicht 1:1 ersetzt werden müssen.